

Antrag

der AfD-Fraktion

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zum Thema:

Energiesicherheit in Brandenburg - Versorgung grundlastfähig und preiswert sichern

Begründung:

Die vollständige Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke hat zur Folge, dass Deutschlands Energieversorgung zunehmend auf den Import von Strom aus dem europäischen Ausland angewiesen ist, der aus der Kohleverstromung oder der Kernenergie gewonnen wird. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, ist der verstärkte Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien vorgesehen. Das Gebäudeenergiegesetz GEG, welches das Verbot von Öl- und Gasheizungen ab dem 1. Januar 2024 festschreiben soll, dient diesem Ziel.

Dieses Vorhaben ist politisch aus mehreren Gründen umstritten. Auf Immobilienbesitzer und Mieter kommen hohe Kosten zu, die durch die Umstellung der Heizungen auf die Wärmepumpentechnik und die dazu notwendige energetische Sanierung älterer Häuser entstehen. Da Brandenburg, wie alle östlichen Bundesländer, über einen überdurchschnittlichen Anteil zwischen 1919 und 1949 errichteter Wohngebäude verfügt, das durchschnittliches Bruttomonatseinkommen gleichzeitig zu den niedrigsten in Deutschland gehört, ist eine Verschuldung und Enteignung der Hauseigentümer absehbar. Hinzu kommt, dass Wärmepumpen mit Strom betrieben werden, der gemäß der „Energiewende“ vor allem aus den sogenannten erneuerbaren Energien gewonnen werden soll. Allerdings werden Wind- und Sonnenenergie auch in naher Zukunft nicht in der Lage sein, den notwendigen Strom dauerhaft zu produzieren. Durch den von Regierungsseite gewünschten vorzeitigen Kohleausstieg wird die Verfügbarkeit einheimischen Stroms zusätzlich künstlich verknappt. Der technische und ökologische Nutzen der Wärmepumpentechnologie steht ohnehin in Frage.

Die Aktuelle Stunde soll dazu dienen, über den Beitrag Brandenburgs zu einer sicheren Energieversorgung und über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen, die insbesondere die Förderung von Wärmepumpen mit sich bringen wird, zu debattieren.